



Chinesische Häftlinge in Wuhan

CHINA

Breitseiten aus Washington

Die Regierung Bush hat den Ton gegenüber China erneut verschärft. Außenministerin Condoleezza Rice zeigte sich über den steigenden Rüstungsetat der aufstrebenden ostasiatischen Großmacht „sehr besorgt“. Niemand bedrohe China, man müsse sich daher wundern, was das Ziel dieser Aufrüstung sei. Auch Verteidigungsminister Donald Rumsfeld feuerte neue Breitseiten gegen Pekings gestiegene Militärausgaben und forderte die kommunistische Führung zu demokratischen Reformen und Beachtung der Bürgerrechte auf.

Die USA sollten sich nicht in die „inneren Angelegenheiten anderer Länder einmischen“ und sich mehr um eigene „schwere Menschenrechtsverletzungen“ kümmern, beschwerte sich postwendend der chinesische Außenamtssprecher Kong Quan. Der Versuch, China als „strategischen Rivalen“ darzustellen,

klagte Cui Tiankai, der Asienchef des Peking Ministeriums, nutze allenfalls der amerikanischen Rüstungsindustrie und diene Washington als Rechtfertigung, um seinerseits Taiwan militärisch zu stärken.

Auch in Wirtschaftsfragen stehen sich beide Großmächte unversöhnlich gegenüber: Immer drängender verlangt Washington eine Aufwertung des Yuan. Die künstliche Schwäche der chinesischen Währung, so der Vorwurf, verhindere eine faire Wettbewerbschance für die US-Industrie. Sollte Peking nicht einlenken, drohen die USA chinesische Importe generell mit einem Aufschlag in Höhe von 27,5 Prozent zu belegen. Peking argumentiert dagegen, das Land brauche mehr Zeit für Wirtschaftsreformen, bevor es größere Flexibilität beim Währungskurs geben könne.



Rice

ÖSTERREICH

Braunes Trauma

Auch zum Höhepunkt des Gedenkjahres 2005, in dem die Alpenrepublik an die Befreiung vom Nazi-Terror vor 60 Jahren und die Republikgründung vor einem halben Jahrhundert erinnert, wird Kanzler Wolfgang Schüssel (ÖVP) die braunen Schatten aus dem geistigen Umfeld seines Koalitionspartners Jörg Haider und dessen neuem Bündnis Zukunft Österreich (BZÖ) nicht los. Erst am Donnerstag vergangener Woche musste eine Allparteien-Koalition in nur einem Tag eine Verfassungsänderung durch den Nationalrat peitschen. In letzter Minute konnte damit verhindert werden, dass der Kärntner BZÖ-Politiker Siegfried Kampl, ein Freund Haider, turnusgemäß zum



Gudenus

Vorsitzenden des Bundesrates gewählt wurde. Er hatte öffentlich darüber schwadroniert, dass Wehrmachtsdeserteure im Zweiten Weltkrieg zum Teil als „Kameradenmörder“ zu betrachten seien. Bundesrat John Gudenus, freigestellter Oberst des Bundesheeres und

ehemaliger Haider-Getreuer, setzte noch einen üblen Spruch drauf: Es habe zwar Gaskammern gegeben, „aber nicht im Dritten Reich, sondern in Polen“. Dass Gudenus darauf verweisen kann, dass er bereits im November in Pension geht und es angesichts der „Zeitnot“ wohl nicht mehr zu einer disziplinarischen Verurteilung als Soldat kommen wird, ist eine weitere Peinlichkeit für die Regierung Schüssel. Schlimmer dürfte sich aber Haider's Kommentar zu den jüngsten Affären auswirken. Kampl sei ein „anständiger Mensch“, der im Parlament nur sein „Kindheitstrauma ausbreite“, erklärte der BZÖ-Chef und Kärntner Landeshauptmann im Fernsehen verständnisvoll. Schließlich sei auch er, Haider, „ein Nazi-Kind gewesen“, dessen Mutter nach dem Krieg „den Boden vor ehemaligen KZ-Häftlingen wischen“ musste.